

# Volkstimme

## Sozialdemokratisches Organ für den Bezirk Halle

Redaktion: Halle a. S., G. Brunschwiler-Str. 17.  
Telephon 6802. Erscheinungstage täglich von 11-12.

und sämtliche Unterbezirke (Kreise) im Reg.-Bez. Merseburg. Erscheint täglich außer Sonn- und Feiertagen in Halle a. S., Sonnabends mit der Illustrierten Beilage „Volk und Zeit“ sowie wöchentlich abwechselnd: „Die Frauenstimm“ und „Für die arbeitende Jugend“.

Verlag u. Expedition: Halle, G. Ulrichstr. 27.  
Telephon 5407. Postfachnummer Erlaub. Nr. 11092

Nr. 96 Halle, Dienstag, den 26. April 1921 5. Jahrgang

### Das Geld oder das Leben.

#### 200 Milliarden angeboten — Der Fall Müller-Brandenburg — Der Kognat der Reichen Gibt es noch mehr zu entfallen?

Paris, 26. April. (M.B.) Nach einer von der „Agence Havas“ veröffentlichten Note der Reparationskommission hat diese in ihrer Vollstreckung vom 25. April infolge der Weigerung der deutschen Regierung, den Metallbestand der Reichsbank nach Kopenhagen oder Köln überführen zu lassen, beschlossen, die Abfertigung von einer Milliarde Goldmark an die Bank von Frankreich bis spätestens 30. April zu verlangen.

Paris, 25. April. (M.B.) Wie „Havas“ mitteilt, wird heute abend unter dem Vorsitz Millierands ein Ministerrat stattfinden. Der Oberste Kriegsrat ist um 3 Uhr nachmittags unter dem Vorsitz Millierands im Elysee zusammengetreten. Außer dem Kriegsminister wohnten ihm Marschall Joffre, Tostre, Petain und Grandet Eperey bei.

#### 200 Milliarden angeboten.

Berlin, 25. April. (M.) Wie verlautet, enthält das deutsche Angebot eine Abänderung des von Simons vorgeschlagenen Protokollentwurfs. Es schlägt einen Betrag vor, der in Sachwerten und in bar innerhalb 42 Jahren zu leisten ist. Die Gesamtsumme mit Zins und Zinseszins wird der in Paris von der Entente aufgestellten von 226 Milliarden nahekommen. (Von anderer Seite wird gemeldet, daß eine Gesamtsumme von 200 Milliarden vorgeschlagen werde.) Für die Zahlungen ist ein beengter Nachschub vorgesehen. Die Zahlungen sollen sich hauptsächlich nach dem Stand der deutschen Handelsbilanz richten. Eine Übernahme der Ententeverpflichtungen gegen Amerika durch Deutschland ist nicht vorgesehen. Der gesamte Plan enthält vor allem große Sachleistungen, in erster Linie an Frankreich.

#### Das Ergebnis von Sütje.

M. Paris, 26. April. (Drahtbericht.) Was in Sütje beschlossen worden ist, wird vorläufig geheimgehalten. Aus persönlichen Untersuchungen läßt sich aber schließen, daß die Entente das vorgesehene Programm zum Wiederaufbau zu unterstützen hat. Er hat gegen die Verwendung deutscher Ingenieure und Arbeiter in französischen Gebiet nicht mehr die Abneigung der französischen Bevölkerung geltend gemacht, sondern finanzielle Bedenken, die Frankreich schließlich für die in französischen Gebiete zu zahlenden Röhne aufkommen muß, also Vorkehrungen zu treffen hat. Die Entente hat sich aber bereit erklärt, deutsche Materiallieferungen zuzulassen. Er hat sich damit zufrieden gegeben, daß das Ruhrgebiet nicht schon am 1. Mai automatisch besetzt wird, sondern die Besetzung erst dann erfolgen soll, wenn man mit Deutschland nicht in Uebereinstimmung kommt. Aber auch dann soll die Besetzung nur finanziellen, nicht militärischen Zwecken dienen.

#### Vom Völkerverband ad acta gelegt.

Brag, 25. April. (M.) Vor mehreren Monaten hat der Deutsche parlamentarische Verband an den Völkerverband eine Denkschrift gerichtet, die über die Stellung der Deutschen in der Tschekoslowakei handelt. Kurz darauf wurde dem Völkerverband von der tschechischen Staatswissenschaftlichen Gesellschaft eine Gegenchrift überreicht. Wie nunmehr im „Sage Sloane“ mitgeteilt wird, hat der Völkerverband keine Dokumente ad acta gelegt mit der Begründung, daß die innerstaatliche Fragen betreffen, die der Völkerverband nicht lösen könne.

#### Ein Zwischenfall in Bogen.

Am Sonntag wurde in Bogen ein Umzug der Deutschen von Faschinen entgegen ihren Versprechungen geführt. Eine Person wurde getötet, 12 Personen wurden verwundet. Die Regierung hat angeordnet, daß alle Teilnehmer an dem Ueberfall verhaftet werden.

Nach einer späteren, noch unbestätigten Meldung aus Bogen sollen weitere vier Personen ihren Verletzungen erlegen sein. Das Bekanntwerden des blutigen Zwischenfalles rief auch in Innsbruck große Erregung hervor. Es fanden Ueberholt Demonstrationen vor dem italienischen Konsulat statt. Polizeiangebote konnten aber unüberlegte Handlungen verhindern. Mehrere Abgeordnete wirkten beruhigend auf die Menge ein, so daß die Erregung sich langsam legte.

#### Das vorläufige englische Budget.

M. London, 26. April. (Drahtbericht.) Chamberlain legte sein neues Budget dem Unterhaus vor. Er bemerkte dabei, daß das vergangene Finanzjahr das eigenartigste in der Finanzgeschichte des britischen Reiches sei. Alle Einnahmequellen haben große Einnahmen gebracht, so daß es möglich war, die großen ausländischen Schulden des Reiches

zu mildern und gleichzeitig die anglo-amerikanischen Anleihen zurückzugeben.

#### Gemeinderatswahlen in Belgien.

Brüssel, 25. April. („Agence Belge“) Gestern fanden im ganzen Lande die Kommunalwahlen zu den Gemeinderäten statt. Bei den Wahlen, die auf der Grundlage des allgemeinen Stimmrechts und nach dem Proportionalwahlrecht vor sich gingen, genossen die Frauen zum erstenmal aktives und passives Wahlrecht. Es ist sehr schwer, die Tragweite der Wahlen zu übersehen. In den großen Gemeinden wie Brüssel, Antwerpen und Gent scheint der Vorstoß der Katholiken besonders stark zu sein. Die Sozialisten scheinen in Antwerpen und Gent endlich zurückgebrängt zu sein, dagegen behaupten sie sich in den Industriegebieten. In der Stadt Brüssel war die Zahl der Wählerinnen bedeutend größer als die der Wähler.

#### Der Fall Müller-Brandenburg.

In unserem thüringischen Parteiblatt „Das Volk“ ergreift Genosse S. Leber, Mitglied des thüringischen Landtages, das Wort gegen den Reichstagsabgeordneten Müller-Brandenburg, gegen den die Reichsregierung ein Untersuchungsverfahren unter gleichzeitiger Verurteilung eingeleitet hat. Nach der Darstellung des Genossen Leber handelt es sich um Menschenhändel und Denunziationen reaktionärer Spitzel, die zwar nicht bei der thüringischen Landesregierung, aber im Ministerium des demokratischen Herrn Koch sofort vollen Glauben gefunden haben. Genosse Leber bespricht die Denunziationen als glatte Erfindung, ausgefallen von reaktionären Kreisen, um den republikanischen Leiter der thüringischen Polizei auf alle Fälle zu belastigen. Sehr verdächtig ist, daß der von der Reichsregierung mit der Untersuchung beauftragte Oberregierungsrat Wagner sich nach der Darstellung des Genossen Leber Mitgliebers der thüringischen Regierung mit folgenden Worten vorstellte:

Meine Herren, Sie mühten doch einsehen, daß man darauf hinarbeiten muß, daß in Deutschland die Monarchie baldigst wiederhergestellt werden kann.

Dieser Herr dürfte wohl die ungeeignetste Person sein, um gegen einen von reaktionären Kreisen angeschuldigten republikanischen Beamten objektiv die Untersuchung leiten zu können. Der Anschuldigte selbst veröffentlicht folgende Erklärung:

Die Treibereien gewisser Kreise im Lande gegen mich haben das Reich auf den Plan gerufen. Das Reich hat gegen mich eine Untersuchung wegen staatsgefährlicher Umtriebe eingeleitet. Um dieser Untersuchung den Lauf zu lassen, habe ich auf Anraten des Ministers Brandenburg Urlaub bis zum Abschluß der Untersuchung genommen. Da ich ein neues Gemisshabe, habe ich gar keine Veranlassung, mich mit Rücktrittsgedanken zu beschäftigen.

Wir verlangen auf jeden Fall, ohne dem Ergebnis der Untersuchung vorzugreifen, daß diese von einunddreißigen Beamten geführt und nicht in die Hände offensichtlich politischer Gegner des Anschuldigten gelegt wird, die sich offen als Feinde der Republik betonen. Wir verlangen ferner in Uebereinstimmung mit unserer thüringischen Parteipresse, daß den Anschuldigten alle Garantien ordnungsmäßiger Verteidigung gegeben, und daß namentlich die Denunziationen daraufhin geprüft werden, wieweit sie von dem Bestreben diktiert waren, einen republikanischen Beamten unter Anwendung jedes Mittels zu beseitigen.

#### Die Bergarbeiter lehnen ab.

Aus Berlin meldet uns ein Privattelegramm: Das Ergebnis der gestrigen Urabstimmung unter den Mitgliedern des alten Bergarbeiterverbandes über die in den letzten Verhandlungen zwischen dem Schenkerverband und den Bergarbeitervertretern getroffenen Vereinbarungen „in der Ueberfrachten- und Schanzfrage“ liegt noch nicht vollständig vor. Es läßt sich aber schon jetzt erkennen, daß die Vereinbarungen mit einer Mehrheit von 2 zu 1 abgelehnt worden sind, so daß zunächst keine Uebereinstimmung verhandelt werden, sondern neue Verhandlungen aufgenommen werden müssen.

Warum er nicht bei Deutschland bleiben wollte. Einer der eifrigsten Anhänger der freien Volkswirtschaft, der frühere Reichstagsabgeordnete Kildes in Landshut ist wegen Steuerhinterziehung von 20 000 Mark zu einer Strafe von 400 000 Mark verurteilt worden. Kildes gehörte zu jenen freien Wählern, die glaubten, durch die Errichtung einer preussischen Republik ihre Anwartschaften und Repräsentationsrechte dem Zugriff der deutschen Steuerbehörden entziehen zu können.

### Die Steuererklärung bei Mischeinkommen.

Von Wilhelm Reil.

Aus Lesezirkeln ist der Wunsch an mich gelangt, dem Beispiel in meinem früheren Aufsatz, das sich auf die Berechnung der Steuer für ein reines Lohn- oder Gehaltseinkommen bezog, ein weiteres folgen zu lassen, durch das Aufklärung über die Behandlung von Mischeinkommen verbreitet wird. Unter Mischeinkommen verstehen wir das Einkommen, das nicht aus einzigen, sondern aus verschiedenen Quellen stammt. Ist z. B. ein Arbeiter zugleich Besitzer eines Gebäudes und einiger Grundstücke, verleiht er nebenbei eine Versicherungsgesellschaft, ist er im Besitz eines einströmenden angelegten Kapitals, bezieht seine Ehefrau dazu noch einen Kramladen, so stellt das Gesamteinkommen ein Mischeinkommen dar.

Wie ist in diesem Falle bei der Steuererklärung zu verfahren? Angenommen, dieser Steuerpflichtige hat zwei Wohnungen vermietet und bezieht daraus an Miete 1600 Mark, eine dritte Wohnung im ortsnäheren Mietwert von 1000 Mark bewohnt er selbst. Diese Einnahmen muß er nicht im vollen Betrag als „Einkommen“ einfließen, sondern er kann davon einen den Verhältnissen entsprechenden Abzug für Unterhaltung des Gebäudes machen. So kommt er vielleicht auf ein

Mieteinkommen von . . . . . 1200 Mark und einen Mietwert der eigenen Wohnung von . . . . . 700 Mark Aus seinen Grundstücken gewinnt er einen Ertrag im Werte von 8000 Mark. Er muß aber für Saatgut, Ackerbestellung, Düngemittel, Arbeitskräfte, Gerätschaften usw. 5000 Mark aufwenden. Es verbleibt an

Landwirtschaftlichem Betriebsgewinn 3000 Mark Der Kramladen seiner Ehefrau wirkt nach Abzug aller Unkosten (ohne Abschreibung der Frau, die den Laden selbst führt) ein Einkommen von 1800 Mark ab, die, weil sie kein „Arbeitseinkommen“ im Sinne des Gesetzes und daher mit dem Einkommen des Ehegatten zusammen zu rechnen sind, eingetragen werden müssen als

Einkommen aus Gewerbetriebe 1800 Mark Aus einem einströmenden angelegten Sparkapital von 10 000 Mark fließen ihm 4 Proz. Zinsen zu = 400 Mark. Es sind also vorabbehalten die unten vorzunehmenden Abzugs der 10 prozentigen Kapitalertragsteuer, die ihm die Sparkasse nicht ausbezahlt hat, einzutragen

Einkommen aus Kapitalvermögen 400 Mark Der Steuerpflichtige geht in Rücksicht auf seine Lebensverhältnisse nur mit Unterbrechung der Lohnarbeit nach und hat im Kalenderjahr 1920 an 20 Tagen zusammen 9550 Mark verdient, nämlich an 60 Tagen je 35 Mark = 2100 Mark, an 50 Tagen je 45 Mark = 2250 Mark, an 110 Tagen je 50 Mark = 5500 Mark. Er hat somit einzutragen

Einkommen aus Lohnarbeit 9550 Mark Seine Versicherungsgesellschaft bringt ihm nach Abzug der Unkosten, zu denen nicht der Lohn für die eigene Arbeit zu rechnen ist, eine Jahresentnahme von 1500 Mark, die einzutragen sind als

Einkommen aus einem freien Beruf 1500 Mark Der Gesamtbetrag seiner steuerbaren Einkünfte beträgt demnach 19 450 Mark. Hieran darf er abziehen:

1. Kapitalertragsteuer (10 Prozent, die ihm die Sparkasse von dem Zins von 400 Mark abgezogen hat)
2. Ertragsteuern (Grund- und Gebäudesteuern (Schuldungssteuer) 750 Mark)
3. Abschreibung für Abnutzung des Gebäudes 600 Mark
4. Fortkosten zur Erreichung der Arbeitsstätte 250 Mark
5. Aufwand für eine Fußstraße, weil die Ehefrau den Laden führt 1500 Mark
6. Mehrkosten des Mittagessens im Speisehaus 400 Mark
7. Zinsen einer auf dem Gebäude ruhenden Hypothek 500 Mark

(Der Steuerpflichtige muß nachweisen, daß er an dem ausbezahlten Zins 10 Prozent als Kapitalertragsteuer abgezogen und an das Finanzamt abgeführt hat.)

8. Beiträge für sich und seine Familie für Kranken-, Invaliden- und Erwerbslosenversicherung 400 Mark
9. Beitrag zur Erbsteuer 75 Mark
10. Versicherungsprämie für Lebensversicherung 650 Mark
11. Beitrag an den Berufsausschuß 200 Mark
12. Beitrag zu Fortbildungskursen (nur für 1920 freierfrei) 50 Mark

... Zusammen: Gesetzliche Abzüge 5415 Mark













